

Klimaschutzkonferenz in Bonn: Die Deutschen sollen zahlen!

geschrieben von Michael Limburg | 7. Juni 2009

Der Beirat, sein Institut und mit ihm sein Chef leben also von unseren Steuergeldern. Und das nicht schlecht. Da es sich gut damit leben läßt und gar nicht erst die Gefahr aukommt, dass sich dieser schöne Zustand irgendwann ändern könnte, fordert Dirk Messner deutlich mehr. **"Wer emittiert muß zahlen"** lautet die Überschrift zu einem Interview mit ihm, dass er der ihm wohlgesonnenen FAZ (2) jüngst gewährte: Darin drängt Messner die z.Zt. stattfindende xte Bonner Klimaschutzkonferenz zur Eile. Als Ansporn benennt Meissner – in gleicher schriller Tonlage wie sein Beiratskollege Schellnhuber eine zukünftige Katastrophe nach der anderen. Nichts wird ausgespart! So sagt Messner auf die entsprechende Frage der FAZ:

- **FAZ:** *Die Klimaverhandlungen scheinen auf der Stelle zu treten. Was wären die Folgen eines Scheiterns?*
- **Messner:** *Eine instabile, unsichere Welt mit irreversiblen Schäden. Ohne einen verbindlichen internationalen Fahrplan zur Senkung der Treibhausgasemissionen wären im Verlauf dieses Jahrhunderts Temperaturerhöhungen um 3,5 bis 7 Grad Celsius zu erwarten. Die Folgen sind absehbar: Die Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen, Wasserknappheit rund um den Erdball, die Bedrohung vieler Menschen durch Extremwetterereignisse und massive Migrationsströme.*
- Woher er dies so sicher weiß, behält er zwar für sich. Der Interviewer hakt auch nicht nach. Schließlich weiß das inzwischen ein jeder. Versteht sich. Auch ganz sicher ist sich Dirk Messner darin, dass die erforderliche und mögliche Verhinderung, der seit nunmehr 20 Jahren herbeiprognostizierten Klima-Katastrophen sofort sehr, sehr viel Geld kosten wird, und auch wer dafür zahlen muß. Nämlich insgesamt der Westen, im partiellen der deutsche Steuerzahler. Und da fügt es sich zufällig gerade gut, dass sein Institut genau weiss, wie man die noch bereit zu stellenden immensen Mittel an die frohen Entwicklungsländer umverteilt. Ein Schelm der böses dabei denkt. Denn wer muß zahlen, fragt scheinheilig der Interviewer?

Es sollte das Verursacherprinzip gelten. fordert Herr Mesner scheinbar gerecht und sagt weiter:

Wer viel emittiert, muss entsprechend zur Kasse gebeten werden. Ein internationaler Emissionshandel oder Steuern auf Treibhausgasemissionen wären Mechanismen, um diese Mittel aufzubringen. Doch wichtig ist: Die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels ist viel billiger als die Kosten des Nichthandelns. Der Umbau der Weltwirtschaft in Richtung "low carbon economy" wird uns weltweit jährlich etwa 1 bis 2 Prozent des

globalen Sozialproduktes kosten. Die Kosten eines gefährlichen Klimawandels liegen zukünftig zwischen 5 und 20 Prozent der globalen Wertschöpfung.

Die besagte Konferenz in Bonn ist inzwischen an einem toten Punkt angekommen. Es geht um Geld, **sehr viel Geld, unser Geld**. Niemand will freiwillig zahlen, jeder sucht einen Dummen, um ihm die Kosten für die – inzwischen von jedem als politische Religion erkannte Klimaschutzpolitik, aufzuladen. Da müssen dann wieder mal die Deutschen in die Bresche springen. Und nach Meinung mancher in der Regierung sind wir auch dazu bereit.

Unter der Überschrift **"Klimavertrag nur gegen Geld"** ("Unser Geld" versteht sich.) bringt es die FAZ in der gleichen Ausgabe auf den Punkt.

Zitat: Nach Ansicht von Koch-Weser wird es keinen Klimavertrag geben, wenn die Industriestaaten den Entwicklungs- und Schwellenländern nicht auch erhebliche finanzielle Konzessionen machten.

*...Koch-Weser verweist auf jüngste Studien der amerikanischen Stiftung "ClimateWorks", wonach die Entwicklungs- und Schwellenländer bis 2020 **jährlich zwischen 65 und 100 Milliarden Euro brauchten**, um die zusätzlichen Kosten ihres notwendigen Beitrags zur Emissionsminderung zu leisten. Davon seien 20 bis 40 Milliarden ein finanzieller Ausgleich dafür, dass tropische Länder Regenwälder nicht abholzen und Aufforstung betreiben. Diese Wälder sind ein wichtiger Kohlendioxid-Speicher. **"Weil die öffentlichen Haushalte der Industrieländer diese Mittel nicht aufbringen können, muss der größte Teil aus den Erlösen des Emissionshandels abgezweigt werden. Daher sollten möglichst alle Zertifikate versteigert werden, wenn es ein globales Klimaabkommen gibt."***

Damit läßt sich gut verdienen: finden

...Finanzinstitute, die mit Emissionszertifikaten für Kohlendioxid handeln. (Sie) hoffen auf einen Erfolg der Klimaverhandlungen in Bonn und damit auf einen globalen Vertrag Ende 2009 in Kopenhagen. Dort soll ein Nachfolgeabkommen für das in drei Jahren auslaufende Kyoto-Protokoll vereinbart werden, um die Emissionen an Treibhausgasen zu beschränken und damit die Erderwärmung möglichst unter 2 Grad zu halten.

Die einzig gute Nachricht ist, dass die beschworenen 2 ° C mögliche Erwärmung – herbei gerechnet aus dazu frisierten Modellen- schon wieder Schnee von gestern ist. Nach neuesten Satellitenmessungen lag im April 2009 die Globaltemperatur um glatte 0,09 °C über dem Ø Wert von 1961 bis 1990. Also dort, von wo der ganze Schreckensrummel einst begonnen hat. Erwärmung findet nicht statt. Interessiert das keinen?

Michael Limburg EIKE

Anmerkungen:

1 Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung

Globale Umweltveränderungen

* Claus Leggewie, Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen, Forschungskolleg der Universitätsallianz Metropole Ruhr

* Reinhold Leinfelder, Generaldirektor des Museum für Naturkunde an der Humboldt-Universität, Berlin

* Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik gGmbH, Bonn

* Nebojsa Nakicenovic, Professor für Energiewirtschaft, Technische Universität Wien und International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg

* Stefan Rahmstorf, Professor für Physik der Ozeane, Universität Potsdam, und Leiter der Abteilung Klimasystem am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung

* Hans Joachim Schellnhuber CBE, Direktor des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Visiting Professor der Oxford University (Fachbereich Physik und Christ Church College)

* Sabine Schlacke, Professorin für Öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt deutsches, europäisches und internationales Umweltrecht, Verwaltungsrecht, Universität Bremen

* Jürgen Schmid, Vorstandsvorsitzender und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Solare Energieversorgungstechnik e.V. und Professor an der Universität Kassel, Institut für Elektrische Energietechnik, Fachgebiet Rationelle Energiewandlung

* Renate Schubert, Professorin für Nationalökonomie und Direktorin des Instituts für Umweltentscheidungen, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.06.2009, Nr. 128, S. 14